

**UZ**Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

November 2014

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Rote Karte für den Karstadt-Boss

## Karstadt - Sterben auf Raten

Die Karstadt-Beschäftigten in Bottrop machen sich große Sorgen um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Der neue Besitzer von Karstadt, Rene Benko, hat einen radikalen Stellenabbau in dem Traditionskaufhaus angekündigt: 2.000 der 17.000 Beschäftigten sollen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Als der Milliardär Berggruen vor fünf Jahren Karstadt übernahm, gab es noch 25.000 Beschäftigte. In den aktuellen Zahlen ist noch nicht der Stellenabbau durch die angekündigte Schließung von bis zu 30 Standorten enthalten. Immer wenn bedrohte Karstadt-Standorte genannt werden, ist auch Bottrop dabei.

Mit den Plänen von Benko wird Karstadt systematisch zu Tode

saniert. Für die Sanierung werden nach Angaben von Benko 263 Millionen Euro benötigt. Die „Rettung“ soll wieder einmal zu Lasten der Beschäftigten gehen. Seit 2004 wurden vier „Sanierungs-Tarifverträge“ mit der Gewerkschaft vereinbart. Immer haben die Beschäftigten auf Geld verzichtet. Arbeitsplätze und Standorte wurden trotzdem gestrichen. Aktuell verlangen die Karstadt-Ma-

nager in Tarifgesprächen mit ver.di die Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit, den Verzicht auf künftige Tarifierhöhungen sowie die Streichung des Weihnachtsgeldes.

Das Missmanagement bei Karstadt haben nicht die Verkäuferinnen zu verantworten. Unfähige Manager, wie der vor Gericht stehende Thomas Middelhoff, sind dafür die Ursache. Auch Rene Benko hat bereits einschlägige Erfahrungen vor österreichischen Gerichten. Der dortige Oberste Gerichtshof bestätigte in diesem Jahr die Urteile zu einer einjährigen Bewährungsstrafe wegen „versuchter verbotener Intervention“ in erster und zweiter Instanz. Die Erstrichterin Marion Zöllner sprach in dem Verfahren gegen Rene Benko von einem „Musterfall von Korruption“.

Rene Benko, als Immobilien-

Heuschrecke bekannt, wird nachgesagt, dass er insbesondere an den lukrativen Karstadt-Immobilien Interesse hat. Eine langfristige Sicherung aller Arbeitsplätze und des Standortes in Bottrop ist mit Benko nicht zu erwarten.

Michael Gerber, Tel.: 96227

**Sprechstunden  
der  
DKP-Rats-  
gruppe:**

**Montag  
und  
Donnerstag  
von  
14.00 Uhr  
bis  
17.00 Uhr  
im  
DKP-Büro  
Germania-  
straße 54**

**\*  
oder ruf  
doch mal an:  
688 157**

**\*  
im  
Internet:  
www.dkp-  
bottrop.de**



Bereits zweimal machte die DKP Bottrop vor der Karstadt-Filiale auf die mögliche Schließung aufmerksam - zuletzt mit einer symbolischen Roten Karte für Karstadt-Boss Benko.

**Haushalt 2015**

# Bottrop spart sich systematisch kaputt

Im Dezember wird im Rat der Haushalt für das Jahr 2015 beschlossen. Von den Mehrheitsfraktionen wird das Spardiktat „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ durchgezogen - ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen der Streichungen und Belastungen für Familien und besonders arme Menschen. Der Haushalt sieht Einsparungen gegenüber dem Jahr 2012 von insgesamt 5,668 Millionen Euro vor. Diese jährlichen Einsparungen sollen bis zum Jahr 2019 auf 12,292 Millionen Euro steigen!

Die Liste der Grausamkeiten umfasst 230 Maßnahmen. Darunter zum Beispiel folgende Streichungen: Bottrop-Pass, Zuschuss für das Mittagessen in Schulen und KiTas, Geschwisterrabatt in Musikschule und Kulturwerkstatt, Ausbildungsplätze in der Verwaltung über den Bedarf, Aufgabe des Saalbaus und aller Lehrschwimmbecken!

Kürzungen gibt es bei den Mitteln für die Schulen, der Jugendarbeit, der Suppenküche Kolusch, der Sportförderung, den Beratungsstellen sowie der Straßenunterhaltung, der Instandhaltung von Schulen und städtischen Gebäuden sowie den Mitteln für die Bezirksvertretungen!

Erhöhungen erfolgen für die Grundsteuer B, Elternbeiträge für Ganztagsgrundschulen, KiTa-Gebühren, den Kosten für die Benutzung städtischer Sportplätze und Hallen durch Vereine, den Gebühren von Musikschule, Kulturwerkstatt, Stadtbücherei, VHS-Kursen, Theater, Konzerten und Parkgebühren.

Gestrichen werden 60 Vollzeitstellen bei der Stadtverwaltung - damit verschlechtert sich der Service u. a. im Bürgerbüro, Straßenverkehrsamt und anderen städtischen Dienststellen!

Es ist mittlerweile richtiggehend widerlich, mit anzusehen und anzuhören, wie sich SPD und CDU mal wieder auf „Unvermeidlichkeiten“ berufen – diese beiden Parteien bilden die Bundesregierung und die SPD mit den Grünen die Landesregierung. Wenn sie wollten, hätten sie längst was gegen das Ausbluten der Städte und Gemeinden unternehmen können – offensichtlich wollen sie nicht den Reichen ans Leder, sondern wieder den Armen in die fast leeren Taschen greifen. Misstraut Ihren Krokodilstränen!

**Norbert Niesen, Tel.: 976923**

**Beteiligen auch Sie sich an der europäischen Unterschriften-sammlung gegen TTIP!**

**TTIP stoppen!!**

# NEIN zu Freihandel nach Art der Konzerne

**Unter größter Geheimhaltung werden zwischen den USA und der EU Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (TTIP) geführt. Selbst Abgeordnete des Europaparlaments oder des Bundestages werden nicht informiert. Für rund 600 Vertreter des großen und Monopolkapitals gilt das nicht – sie sitzen federführend mit am Verhandlungstisch.**

Die 2013 durch die europäische Kommission beschlossenen Leitlinien für TTIP lassen Schlimmstes befürchten. Danach sollen bestehende Regelungen so angepasst werden, dass es für das Kapital noch leichter ist, zu investieren, Handel zu betreiben oder Niederlassungen zu gründen. Im Kern geht es um die Freiheit des großen und Monopolkapitals, für die Verbesserung ihrer Profitbedingungen auf Kosten der Beschäftigten und des Großteils der Bevölkerung. Das heißt:

- Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, Staaten zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Sozial- oder Umweltgesetze schmälern;
- Arbeitsschutzstandards und Rechte der Gewerkschaften aufzuweichen;
- das öffentliche Beschaffungswesen auf allen Ebenen (national, regional, lokal) zu liberalisieren;
- Regulierungen bei den Finanzdienstleistungen zu den Akten zu legen;
- Europäische Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit abzuschaffen;
- Zentrale Umweltvorschriften innerhalb der EU zu untergraben und
- die Privatsphäre zu schwächen

Was bei TTIP noch verhandelt wird, ist beim Abkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) bereits Realität. Es gilt als Blaupause für TTIP und soll 2016 in Kraft treten.

Mit einer europäischen Bürgerinitiative (EBI) soll versucht werden, CETA nicht in Kraft treten zu lassen und die Verhandlungen über TTIP sofort zu beenden. Die EU-Kommission hat diese EBI nicht zugelassen. Damit versucht sie, den ohnehin verschwindend geringen Einfluss der EU-Bürger zu unterbinden.

Ein Bündnis, bestehend aus ca. 230 Organisationen aus 21 EU-Ländern, hat Widerstand gegen diese Entscheidung angekündigt. Es wird die Zulässigkeit der EBI rechtlich einklagen und zeitgleich mit der Sammlung von Unterschriften beginnen.

TTIP ist die Unterwerfung von ganzen Staaten unter die Kapitalinteressen großer Konzerne. Sie arbeiten hier über Ländergrenzen hinweg bis zum Abschluss des Freihandelsabkommen zusammen. Danach werden sie sich als schärfste Konkurrenten auf den dann freigegebenen Märkten wiederfinden. Der Standortwettbewerb wird verschärft und Monopolisierungstendenzen werden verstärkt. Es wird zu einer neuen Welle der Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge führen. Künftige Rekommunalisierungen sollen verhindert werden, kleinere und mittlere Unternehmen werden in den Ruin getrieben, Löhne werden gedrückt, Arbeitsplätze vernichtet und die soziale Spaltung vertieft. Demokratie und bürgerlicher Rechtsstaat, Arbeits- und Menschenrechte sowie die Erhaltung der Umwelt spielen keine Rolle bei TTIP.

**Die DKP unterstützt die Proteste gegen TTIP!**

**Jörg Wingold, Tel.: 685 911**

Im Rat und Bezirksvertretungen

# DKP weiter im Rat

Zum Ergebnis der Kommunalwahl in Bottrop ein Interview der Bottroper Notizen mit dem DKP-Rats Herrn Michael Gerber.

**Die DKP hat bei der Kommunalwahl Stimmen verloren. Welche Ursachen gibt es dafür?**

Irmgard Bobrzik und ich sind wieder in den Rat der Stadt gewählt worden, ebenso Günter Ziemmek in die Bezirksvertretung Süd und Manfred Plümpe in die Bezirksvertretung Mitte. Durch den Verlust eines Ratsmandates ist die DKP jedoch erstmals nicht als Fraktion, sondern als Ratsgruppe aktiv. Für die vielen Aktivitäten in den letzten Jahren hat die DKP viel Zustimmung erhalten. Zugleich sind immer mehr Bürger über die Streichungen, Kürzungen und Gebührenerhöhungen in Bottrop empört. Sie erwarten mit der Stimmenabgabe keine positiven Veränderungen mehr, sind enttäuscht und beteiligen sich nicht mehr an Wahlen. Erstmals lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent, in einigen Wohnvierteln im Bottroper Süden sogar unter 30 Prozent. Hier hat die DKP Wähler verloren.

großen Fraktionen aus CDU und SPD informieren. Politische Veränderungen sind nur durch öffentliche Aktivitäten der Bürger möglich. Diese Proteste wird die DKP auch künftig in den Rat tragen. Auch weiterhin wird die DKP öffentlich machen, was den Bürgern verschwiegen werden soll!

**Was sind künftig die Schwerpunkte der DKP im Rat und den Bezirksvertretungen?**

Die DKP ist das soziale Gewissen der Stadt! Das Spardiktat „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ sieht immer stärkere Belastungen für die Bürger vor. Dagegen werden wir weiter mit den Bürgern Widerstand entwickeln, wie es mit dem Bürgerentscheid gegen die Schließung des Stenkhoffbades erfolgreich gelungen ist! Wir unterstützen Hartz IV-Bezieher gegen Willkürmaßnahmen des Jobcenters. Die DKP tritt dafür ein, dass die Menschen selbst aktiv werden! Am besten auch in der DKP!

**Was verändert sich für die Ratsgruppe für die DKP?**

Die DKP hat damit nicht mehr die Möglichkeit, im Interesse der Bürger eigene Anträge zu stellen, die DKP ist jedoch weiterhin mit ihren Ratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen des Rates vertreten. Auch in Zukunft wird die DKP die Bürger über Schweinereien von Verwaltung und den beiden



**damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!**

## Die Vertreter der DKP

Nach den Kommunalwahlen ist die DKP mit einer Ratsgruppe im Stadtrat vertreten, außerdem in den Bezirksvertretungen Süd und Mitte und natürlich in Ausschüssen. Hier Ihre Ansprechpartner:



**Ratsfrau Irmgard Bobrzik, Thomastr. 4, 46236 Bottrop, Tel.: 62020;** Mitglied des Rates, außerdem Vertreterin der DKP im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie; im Rechnungsprüfungsausschuss, im Behindertenbeirat und der Pflegekonferenz



**Michael Gerber, Rheinbabenstr. 68a, 46240 Bottrop, Tel.: 96227;** Mitglied des Rates, außerdem im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss, im Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz, im Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss und im Integrationsrat



**Günter Ziemmek, Lukas-Cranach-Str. 37, 46238 Bottrop, Tel.: 0157-70347922;** Vertreter der DKP in der Bezirksvertretung Süd



**Manfred Plümpe, Gladbecker Str. 398, 46240 Bottrop, Tel. 94135;** Vertreter der DKP in der Bezirksvertretung Mitte



**Ulrich Kunnold,** Vertreter im Schul- und im Bau- und Verkehrsausschuss



**Birgit Lüdtke-Jordan,** stellv. Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss



**Norbert Niesen,** Vertreter der DKP im Kulturausschuss



**Stephan Nowaczek,** Vertreter im Betriebsausschuss Sport- und Bäderbetrieb



**Herbert Dibowski,** stellv. Mitglied im Kultur- und im Wirtschaftsförderungs-ausschuss

**Das Büro der DKP an der Germaniastr. 54 ist erreichbar unter: 688 157**

**Konto der DKP: 7112 bei der Sparkasse, BLZ 424 512 20**

Museum für Ur- und Ortsgeschichte

## Verpackung oder Inhalt?



**Endlich ist es geschafft! Bottrop hat wieder ein Museum für Ur- und Ortsgeschichte. Doch anders als das Etikett Ur- und Ortsgeschichte vermuten lässt, stehen im Vordergrund der Präsentation ästhetische Gesichtspunkte und nicht die Geschichte unserer Stadt. Und an diesem Punkt muss das Konzept anders gewichtet werden.**

Dieses Museum hat die Aufgabe, Bürgerinnen und Bürgern und vor allem Schülerinnen und Schülern die Geschichte unserer Stadt näherzubringen. Wenn aber, wie hier das ästhetische Konzept die Erkennbarkeit unserer Stadt-Geschichte überlagert, muss die Konzeption nachgebessert werden. Denn ohne Führung ist nur mit großer Mühe ein Verständnis möglich.

Diese Führung ist jedoch nicht kostenfrei, eine Audio-Führung ist zwar in Vorbereitung, doch besser wäre eine sofortige Verfügbarkeit zur Neueröffnung gewesen. Während der Planung hätten sich die „Macher“ der Ausstellung besser zusätzlich von Kennern Bottroper Geschichte, die es ja nun wahrlich gibt, beraten lassen können und müssen. So wird wohl eine Nachbesserung nötig sein.

Zu manchen Inhalten einiger Ausstellungsvitrinen sind die Aufschriften aus ästhetischen Gründen zu klein konzipiert. Große Beschilderungen, gut lesbar direkt neben den angestellten Objekten wären erforderlich. Platz für weitere Erklärungen ist nämlich durchaus vorhanden.

Hier wird wieder einmal die Verpackung, das Äußere, der Schauwert über den Inhalt, die Erklärung, die Vermittlung der Geschichte gestellt. Aber Bottrops Bürger und Schüler haben einen Anspruch auf den Inhalt, nämlich IHRE Geschichte und sollten nicht mit einem Beiwerk zum Josef-Albers-Museum abgespeist werden.

Norbert Niesen, Tel.:976923

In Kalkar könnte er beginnen -

## Der Krieg kann und muss aufgehalten werden

**Unter dem Motto „Drachen statt Drohnen“ protestierten Anfang Oktober Demonstranten vor dem Berliner Reichstagsgebäude gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen. Ihr Protest richtete sich auch — wie der vieler anderer bei Aktionen im ganzen Bundesgebiet an diesen Tagen — gegen einen von der Bundesregierung beabsichtigten Bundeswehreinmarsch in der Ostukraine. Die Soldaten sollten dort angeblich den von der OSZE vermittelten Waffenstillstand überwachen — unter anderem mit Drohnen.**

Die Protestierenden ließen symbolisch bunte Papierdrachen in die Luft steigen. Mehrere Bündnisse und Initiativen hatten zu der bundesweiten Aktion und einem Aktionstag aufgerufen. Die „Naturfreunde“, die auch zu den Veranstaltern zählten, forderten von der Bundesregierung ein Einsatzverbot für Drohnen sowie eine „völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen“.

In Kalkar, einer scheinbar friedlichen, kleinen Stadt am Niederrhein, gehen jeden Morgen NATO-Soldaten an ihren Computerarbeitsplatz und dirigieren weltweit den möglichen Einsatz von Luftwaffenflugzeugen, Kampfdrohnen und Raketen, und sie gehen abends nach Hause zu Frau und Kindern. Heute sind es ein paar hundert in naher Zukunft 1600 NATO-Soldaten plus weitere 350 über Nato-Einrichtungen. Die NATO bereitet dort, wie sie selber sagt, den Krieg im 21. Jahrhundert vor, mit automatisierten Abläufen und Robotern. Das senkt die Hemmschwelle gegenüber dem Einsatz von militärischer Gewalt und macht so den (Atom)Krieg wahrscheinlicher. Bereits jetzt werden von Kalkar aus deutsche Eurofighter an die russische Grenze herangeführt, ständig einsatzbereit.

Kalkar war auch berüchtigt für sein Kernkraftwerk „Schneller Brüter“. Ein Redner bei der Kundgebung meinte sinngemäß: Der Schnelle Brüter ist jetzt Geschichte, die Umweltbewegung hat ihn verhindert. Wir können es auch schaffen, den NATO-Stützpunkt abzuschaffen! Neben Privatpersonen, vielen Organisationen und örtlichen Friedensinitiativen, hatten die VVN- BdA, der Bundesausschuss Friedensratschlag und natürlich auch die DKP zur Demonstration aufgerufen.



**Auch die DKP Bottrop unterstützte die Kundgebung gegen den Stützpunkt in Kalkar**

**Aufstehen oder sitzenbleiben?**

# Jugend in Aktion

20.000 Kolleginnen und Kollegen waren Ende September beim Aktionstag der IG-Metall-Jugend, 300 Gewerkschaftsjugendliche und Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) nahmen am Tag darauf auf dem Jugendkongress der SDAJ teil. Die DKP war natürlich dabei.

Auf dem Jugendkongress der SDAJ bot Andre Schönewolf, politischer Referent beim DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik einen Workshop an und beteiligte sich an der Podiumsdiskussion.

Er meinte gegenüber der UZ, Zeitung der DKP: „Es braucht solche Veranstaltungen, bei denen die inhaltlichen Diskussionen geführt werden. Die Demonstration gestern war ein starkes Zeichen der IG Metall: Wir schaffen es, über 20.000 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu bringen. Sowa brauchen wir, sonst können wir uns die Tagesschau abschnicken. Aber ein Aktionstag „Revolution Bildung“ hat natürlich andere Ansprüche als diese Veranstaltung hier: Ich hätte’ nichts dagegen gehabt, wenn die 20.000 Kollegen, die gestern auf dem Aktionstag waren, heute auch alle hier gewesen wären, oder wenn ihr den Jugendkongress in der Lanxess-Arena gemacht hättet...“

Bei der Podiumsdiskussion hat man gemerkt, dass das, was die DGB-Gewerkschaften vertreten und was von der SDAJ kommt, nicht immer eins zu eins zusammenpasst. Mit der Forderung nach einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung von 1.200 Euro netto stimmen wir nicht überein. In der Gewerkschaftsjugend hat gerade ein Diskussionsprozess zur existenzsichernden Mindestausbildungsvergütung begonnen und wir sind gewillt, zu einer einheitlichen Position aller acht Mitgliedsgewerkschaften zu kommen.

Es ist gut, seine Positionen auf Veranstaltungen wie diesen mit anderen Jugendverbänden abzugleichen. Und zwischen den einzelnen Punkten des SDAJ-Ausbildungsgesetzes und den Forderungen der DGB-Jugend gibt es ja auch Schnittmengen — wenn es um ausreichend Ausbildungsplätze und gegen Schmalspurausbildungen geht. Wir streiten für die unbefristete Übernahme, auch die steht ja im Ausbildungsgesetz.“



**Im Internet:  
[www.SDAJ-netz.de](http://www.SDAJ-netz.de)  
 und bei  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de) =>news**



**Brücke gebaut**



## Boyer Bürgerbrücke

Mit einem kleinen Fest feierten 150 Bürger an der Lütkestraße die neue Brücke über die Bahnlinie. Drei Jahre lang kämpften die Anwohner mit Unterstützung der DKP für deren Bau. Ursprünglich wollte die Stadtverwaltung die baufällig gewordene Brücke nicht ersetzen. Die Hartnäckigkeit der Anwohner zwangen Politik, Verwaltung und Bundesbahn zum Handeln. Immer wieder wurden Entscheidungen verschleppt und Bautermine nicht eingehalten. Der Stadt waren diese Verzögerungen so peinlich, dass auf eine offizielle Eröffnung der Brücke verzichtet wurde. Dies nahmen im August die Bürger mit ihrem Fest selbst in ihre Hand. Als Dankeschön für die Unterstützung durch den DKP-Ratsherrn Michael Gerber gaben die Anwohner der neu errichteten Brücke den Namen „Michael Gerber Brücke“. Dazu erklärte Michael Gerber auf dem Fest: „Es ist das Verdienst und der Erfolg des langen Kampfes der Bürger, dass die Brücke neu errichtet wurde. Dies sollte künftig auch in dem Namen der Brücke dokumentiert werden.“

**Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020**

**Schnapsidee**

## DKP lehnt „Pfandringe“ ab

In der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte setzte sich die ödp für sogenannte „Pfandringe“ ein, in denen Pfandflaschen außen an Müllbehältern abgestellt werden können - vorgeblich, damit Flaschensammler nicht mehr im Müll wühlen müssten. Nach einer kleinlichen Diskussion über den praktischen Erfolg erhielt der Vorschlag zwar ein Begräbnis erster Klasse: Vor einem Pilotprojekt sollen Erfahrungen anderer Städte eingeholt werden, doch nur DKP-Bezirksvertreter Manfred Plümpe lehnte die „Pfandringe“ konsequent ab.

Dass in unserem reichen Land Menschen für die eigene Familie nicht sorgen können und beim Amt alles offen legen müssen, ist schon erniedrigend genug. Armen Menschen wird nicht mit „Pfandringen“ sondern mit Abschaffung von Hartz IV geholfen. Sich für „Pfandringe“ einzusetzen, ist pure Heuchelei!

**Manfred Plümpe, Tel.: 94135**



**A 52/ B 224**



## Wortbruch der Landesregierung

Beim Ratsbürgerentscheid zur A 52 in Gladbeck vor zwei Jahren wurde von der NRW Landesregierung zugesichert, dass bei einer Ablehnung durch die Bürger die Pläne zum Ausbau der B 224 zur A 52 in Gladbeck nicht weiter verfolgt würden. Jetzt wurde bekannt, dass Verkehrsminister Groschek (SPD) ein Planfeststellungsverfahren für die A 52 von der Stadtgrenze Bottrop bis zur A 2 einleiten wird. Der Anschluss für die A 2 sieht ein Bauwerk vor, in der Größe vergleichbar mit dem Autobahnkreuz Duisburg-Kaisenberg!

Die DKP kritisiert diesen Wortbruch der Landesregierung und fordert den Stopp des geplanten Ausbaus der A 52! Stattdessen muss sich die Stadt Bottrop endlich für einen wirksamen Lärmschutz an der B 224 für die Bürger in Welheim und der Boy einsetzen. Gegen den Lärm an der B 224 protestieren Mitglieder der Interessengemeinschaft Stoppt A 52 mit einem Transparent.

**Jörg Wingold, Tel.: 685911**

**Menschlichkeit**

## DKP: Keine Flüchtlinge in die Körnerschule

Die ehemalige Körnerschule in der Boy ist nach Meinung der DKP völlig ungeeignet für die Unterbringung von Flüchtlingen. Es ist unmenschlich, wenn Flüchtlinge in Klassenräumen zusammengepfercht werden. Schulklassen eignen sich nicht zur Unterkunft von Menschen. Es widerspricht der Menschenwürde, sie so zu behandeln. Flüchtlinge müssen Wohnungen erhalten und soziale Betreuung.

Es gibt in Bottrop über 3.000 leerstehende Wohnungen. Nach Meinung der DKP gibt es damit genügend Wohnraum in Bottrop, um auch in Zukunft Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Hier sind die Stadtspitze, die städtische Wohnungsgesellschaft GBB und die großen Wohnungskonzerne wie Deutsche Annington und Vivawest gefordert.

Eine dezentrale Unterbringung hilft außerdem bei der Integration der Flüchtlinge. Notwendig sind eine Willkommenskultur in unserer Stadt und keine Massenunterkünfte in Schulen.

**Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020**

**Viel Wind um Ventilator**



# Bürger und DKP gegen Windrad am Tetraeder

Mit einer Gesamthöhe von 180 Metern für das geplante Windrad wird der Tetraeder um mehr als 40 Meter überragt. Damit das Alpincenter das Windrad errichten kann, muss der gültige Bebauungsplan mit seiner Höhenbegrenzung geändert werden.

Dies war allerdings keine willkürliche Festsetzung, sondern bewusst gewählt, um den Tetraeder als Wahrzeichen der Stadt und als bedeutende Landmarke zu schützen. Außerdem hat das geplante Windrad erhebliche gesundheitliche und wirtschaftliche Auswirkungen für die Anwohner. Dazu gehören die Lärmemission, der Schattenwurf, die optische Bedrängung sowie der Wertverlust der Immobilien.

Der vom Planungsausschuss der Stadt am 29. März 2012 beschlossenen Kriterienkatalog für Windkraftanlagen forderte: „Abstand zum Siedlungsbereich etwa fünffache Höhe der Anlage...“ Weiterhin beschloss der Planungsausschuss damals, die Anlagenhöhe auf maximal 150 Metern zu begrenzen. Beide Kriterien werden vom geplanten Windrad nicht eingehalten! Der Bau des Windrades erfordert einen erheblichen Eingriff in den Haldenkörper. Das birgt aber unkalkulierbare statische Probleme für das Alpincenter. Die DKP ist nicht grundsätzlich gegen Windräder und hat alternative Standorte vorgeschlagen. Diese wurde vom Alpincenter abgelehnt!

Auf Vorschlag der SPD hat der Rat jetzt ein Moderationsverfahren beschlossen. Die Bürgerinitiative gegen das Windrad hat deutlich erklärt, dass sie sich daran nicht beteiligen wird. Die Anwohner wollen sich nicht verschaukeln lassen und bleiben bei ihrer Ablehnung des Windrades. Ihre Gesundheit ist ein höheres Gut als die Profitinteressen des Alpincenters! Als einzige Ratspartei unterstützt die DKP entschlossen den Protest der Anwohner!

**Günter Ziemmek, Tel.: 0157-70347922**

**Übrigens: Diese NOTIZEN-Ausgabe wird aus Spenden finanziert – wie jede andere vorher auch. Unsere Kontonummer: 7112 bei der Sparkasse Bottrop**

**Parkregelung an der Hochschule**



# Schildbürgerstreich?

Die jetzige Parkregelung an der Hochschule Ruhr West ist ein einziger Schildbürgerstreich der Stadtverwaltung. Statt sich nachdrücklich gegenüber dem Land für mehr Parkplätze dort einzusetzen, werden jetzt die Bürger zur Kasse gebeten, allerdings ohne damit auch tatsächlich die Möglichkeit zu bekommen, an Wochentagen einen freien Parkplatz zu finden.

Für den Bewohnerparkausweis müssen die Anwohner jährlich 25 Euro bezahlen, jedoch sind weniger als 30 Prozent des öffentlichen Parkraumes auch Anwohnerparkplätze, sie sind gleichzeitig als „Kurzzeitparkplätze“ für 2 Stunden ausgewiesen. Damit sind diese Plätze von den Studierenden sowie den Schülern des Berufskollegs dauerbelegt. Mit einer Unterschriftensammlung fordern die Anwohner eine Ausweitung der Anwohnerparkplätze, ohne dass diese als Kurzzeitparkplätze ausgewiesen werden.

**Manfred Plümpe, Tel.: 94135**

**Aus Rat und Ausschüssen - kurz, aber schmerzhaft**

Als es im Rat nach der Diskussion um das Windrad am Tetraeder ans Abstimmen ging, hatte DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik dabei ihr Protest-T-Shirt gegen das Windrad noch an. Sie bekam mit, wie Hirschfelder junior zu Hirschfelder senior (beide CDU) meinte, das müsse sie doch ausziehen. Darauf Irmgard zu den beiden CDU-Helden: „Stellen Sie doch einen Antrag, dass ich es ausziehen soll - ich habe nichts drunter!“ Ein Antrag kam dann doch nicht...

\*

Im Quadrat soll eine Stelle gestrichen werden – natürlich nicht die des Leiters. Bisher waren dort vier Mitarbeiter beschäftigt, bald nur noch drei. Dass das Quadrat deshalb in „Dreieck“ umbenannt werden soll, ist nur ein – sicherlich böswilliges! – Gerücht.

**unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!**

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name:

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Das Alter unter unterschreiben. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An: **Compress Verlag GmbH**  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen

Coupon einreichen oder per Mail schicken:  
info@unsere-zeit.de  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 88 28



**Erfolge erreichbar**

# DKP-Hilfe bei Hartz-IV-Problemen

Wenn Sie Hilfe brauchen beim Ausfüllen von komplizierten Formularen, beim Widerspruch gegen unverständliche oder fehlerhafte Bescheide, zur Durchsetzung Ihrer Rechte und Ansprüche, dann kommen Sie in die Bürgerberatung der DKP Bottrop, montags und donnerstags, jeweils von 14 Uhr bis 17 Uhr im Parteibüro der DKP, Germaniastraße 54. Am Besten vorher kurz anrufen (Tel.: 02041-688157) oder eine E-Mail an [dkp-bottrop@t-online.de](mailto:dkp-bottrop@t-online.de) und wir machen schnellstmöglich einen Termin für eine Beratung. Die DKP versucht, bei Problemen mit Hartz-IV, Sozialhilfe oder Mieten zu helfen.

In letzter Zeit bekommen immer mehr Hartz-IV-Empfänger eine Aufforderung, die Kosten ihrer Unterkunft in einem gewissen Zeitraum nachweislich zu senken. Sollten sie keinen Erfolg haben, droht ihnen nach dem genannten Zeitraum, dass sie die Mehrkosten von ihrem Regelsatz zu leisten haben. „Angemessene“ Wohnungen im Sinne des Jobcenters sind in Bottrop allerdings Mangelware oder von sehr schlechter Wohnqualität.

So konnten wir zum Beispiel einem Bottroper Hartz-IV-Bezieher helfen, der mit Zustimmung des Jobcenters in eine preiswertere Wohnung umgezogen ist. Wir stellten mit dem schwerbehinderten Mann einen Antrag auf Umzugshilfe. Doch den Umzug sollte er allein durchführen und vor allem auch allein bezahlen. Es wurden ihm lediglich eine Pauschale von 50.- Euro für die Verpflegung seiner Umzugshelfer und das Mieten eines Leihwagens zugestanden. Wir sind dann mit ihm zusammen zum Jobcenter gegangen und zuletzt wurden dann doch die gesamten Umzugskosten durch ein Umzugsunternehmen übernommen. Die Beratung hat sich für ihn gelohnt!

Wir beraten und begleiten Betroffene also von dem Moment an, wenn sie uns aufsuchen bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit. Wir helfen beim Ausfüllen von Formularen und beim Aufsetzen von Wider-

sprüchen, machen Kopien und begleiten sie – wenn nötig– auch zu Terminen beim Jobcenter.

**Mit dem Helfen allein ist es natürlich nicht getan, die DKP fordert: Abschaffung von Hartz IV, Preisreduzierung beim Sozialticket von derzeit 29,50 Euro auf 15.- Euro sowie ein Verbot von Stromsperren.**

**Für Hartz-IV-Bezieher, die wirklich jeden Euro zweimal umdrehen müssen, steht fest: „Wer seine Rechte nicht wahrnimmt, verliert sie“!**

**Volker Pätzold, Tel.: 688157**

## Warum eigentlich...

...kostet eine etwa 40 Kilometer lange Fahrt quer durch Berlin mit dem Öffentlichen Nahverkehr 2,60 Euro, während man für eine Fahrt von Bottrop Mitte nach Essen Mitte 5,30 Euro berappen muss? Hat das was damit zu tun, dass allein in Bottrop mindestens vier Verkehrsunternehmen tätig sind, deren Wasserköpfe natürlich auch bezahlt werden, während es in Berlin nur eine einzige gibt?

\*

...kostet ein Kirchnaustritt beim Amtsgericht satte 30.- Euro – auch für Bezieher von Sozialleistungen? Durch Formalitäten und Kosten werden Hürden aufgebaut. Dennoch ist dieser Schritt zu überlegen, da man so reichlich an Kirchensteuern einspart!

## Impressum

### Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

**Herausgeberin: DKP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Bottrop**

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: [dkp-bottrop@t-online.de](mailto:dkp-bottrop@t-online.de)  
[www.dkp-bottrop.de](http://www.dkp-bottrop.de)

Auflage: 30.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel

## Betriebs- und Heizkosten der Mietwohnung

# Die „2. Miete“ - was ist zu beachten?

**Einmal im Jahr kommt bei den meisten Mietern die Betriebs- und Heizkostenabrechnung des Vermieters ins Haus. Doch Achtung!**

Jede dritte Betriebskostenabrechnung ist falsch, da lohnt es sich, die Kostenaufstellungen genau zu prüfen und in seinen Mietvertrag zu schauen, denn der Vermieter darf nur die Kosten abrechnen, die auch vertraglich mit dem Mieter vereinbart wurden!

Alle in der Abrechnung aufgelisteten Kosten müssen vom Vermieter nachvollziehbar erläutert werden. Dazu gehören zum Beispiel die Grundsteuer, Kosten für Wasserversorgung, Straßenreinigung und Müllbeseitigung, Hausreinigung, Gartenpflege, Hausbeleuchtung und Schornsteinreinigung sowie für Sach- und Haftpflichtversicherung. Rechtlich gehören auch Heizkosten zu den Betriebskosten, jedoch sollten Heizkosten nach eigenen Regeln abgerechnet werden. Wenn durch eine Heizanlage mehr als eine Wohnung versorgt wird, schreibt die Heizkostenverordnung ein eigenes Verfahren vor, nach welchem Heizkosten auf die Wohnungen zu verteilen sind.

Seit September 2001 gilt für alle Mietverhältnisse, dass ein Vermieter eine Betriebs- oder Heizkostenabrechnung dem Mieter spätestens nach zwölf Monaten übermittelt haben muss. Das bedeutet zum Beispiel, dass eine Abrechnung für das Jahr 2013 spätestens am 31.12.2014 beim Mieter vorliegen muss.

Nur wenn ein Vermieter eine Verzögerung nicht zu vertreten hat, können Ausnahmen gegeben sein. Diese Ausnahme ist allerdings äußerst selten! Trifft eine Abrechnung nach diesem Zeitraum ein, ist eine Zahlung hinfällig!

Viele Mieter kennen Ihre Rechte leider nicht und zahlen unberechtigte Nachforderungen, da sie der Vermieter zur Nachzahlung aufgefordert hat. Eine Überprüfung lohnt sich also auf jeden Fall, viele Mieter konnten dadurch schon viel Geld sparen. Bei Fragen wenden Sie sich an das DKP-Büro unter: 688 157

**Birgit Lüdtke-Jordan,  
Tel.: 0157-35351077**